

Aus der Werkstatt. Reformen in der Verwaltung

IT-Strategie der Bremer Verwaltung - Mit Computern Geld sparen (?)

Bremische Bürgerschaft, 27.2.2008

IT-Direktorin Gisela Schwellach und Dr. Martin Hagen
Senatorin für Finanzen

Gliederung

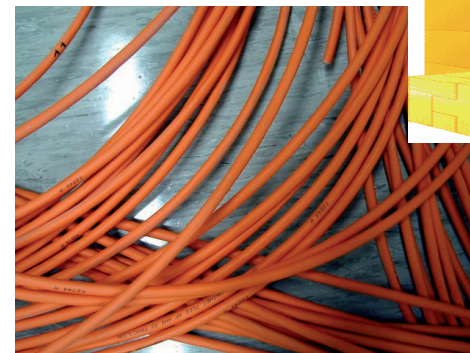
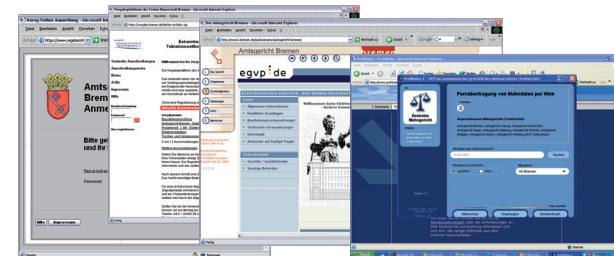
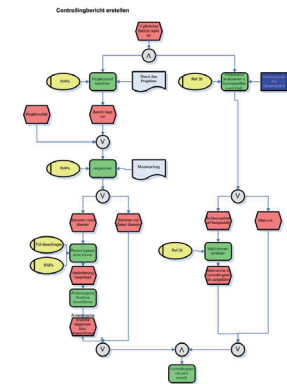


- Was ist Informationstechnik (IT) in der Verwaltung?
- Welche Rahmenbedingungen bestimmen die IT in der Verwaltung?
- Die IT-Strategie der Bremer Verwaltung
- Highlights einzelner Maßnahmen

Was ist IT?

IT-Bereich

- IT-Infrastruktur
- Telekommunikation
- Basiskomponenten
- Anwendungen
- Organisatorische Maßnahmen
- Kulturelle Maßnahmen
- Rechtliche Maßnahmen



Einheitliches IT-Management



- die Entwicklung und Verfolgung einer gemeinsamen IT-Strategie (Ziele und Maßnahmen)
- „einheitliche“ Verfahrensregelungen für Planung, Controlling und Bewirtschaftung sowie
- einheitliche IT-Prozesse im IT-Lifecycle (z.B. Support, Wartung, Pflege, Beschaffung).

- **Kernverwaltung** und **Eigenbetriebe**
im Land und der Stadt Bremen
- **Gesellschaften**, sofern sie zur Aufgabenerfüllung
der Verwaltung Mittel aus dem Kernhaushalt
bekommen (z.B. GBI und BIG, nicht BSAG)
- Sonderbereich: Bildung und Wissenschaft

Rahmenbedingungen für IT-Einsatz in der Verwaltung

Haushaltsnotlage: weniger Personal und Sachmittel



- Effizienzsteigerungen und zielgenaue Mittelverwendung sind notwendig, um gleiche Leistungsbreite und –qualität zu halten
- Problematisch wird es, wenn IT-Budgets, die für ein „Auffangen“ der Einsparungen bei Personal und Sachmittel vorgesehen sind, gekürzt werden
- D.h., IT muss effizient sein – d.h. im Vergleich zweier technischer Alternativen muss die Bremer Auswahl die kostengünstigere sein (wirtschaftlich!)
- Aber auch: IT muss effektiv sein – „an“ IT sparen ist sehr problematisch!

- Ohne IT können kaum noch Verwaltungsleistungen erbracht werden
- Effizienzsteigerungen und Qualitätsverbesserungen sind nur mit IT möglich
- IT/ E-Government ist zum Motor für Verwaltungsreform geworden – und ist damit wesentliches **Instrument** der **Verwaltungsmodernisierung**
- Beispiele:
 - Informationsfreiheitsgesetz: neue Transparenz der Verwaltung
 - EU-Dienstleistungsrichtlinie: schnellere Bearbeitung von Anträgen u.a. durch elektronische Abwicklung

E-Government wird zur zentralen Aufgabe



- E-Government, Electronic Government, ist die „Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Regieren und Verwalten mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien“.
- E-Commerce erfordert mehr E-Government:
 - 2006: 44 % aller Unternehmen am E-Commerce beteiligt, 41 % aller Unternehmen bestellten 2004 Waren und Dienstleistungen über das Internet
 - 65 % der Haushalte sind online; unter Privatbürgern, die das Internet nutzen, haben im I. Quartal 2005 46 % über Internet gekauft oder bestellt

Technischer Fortschritt beschleunigt sich



- Neue Anwendungen und technische Infrastrukturen werden in immer kürzeren Abständen entwickelt
- Verstärkte und kontinuierliche Weiterbildung des IT-Personals
- Neue Angebote, Transparenz erfordern neue Verwaltungskultur

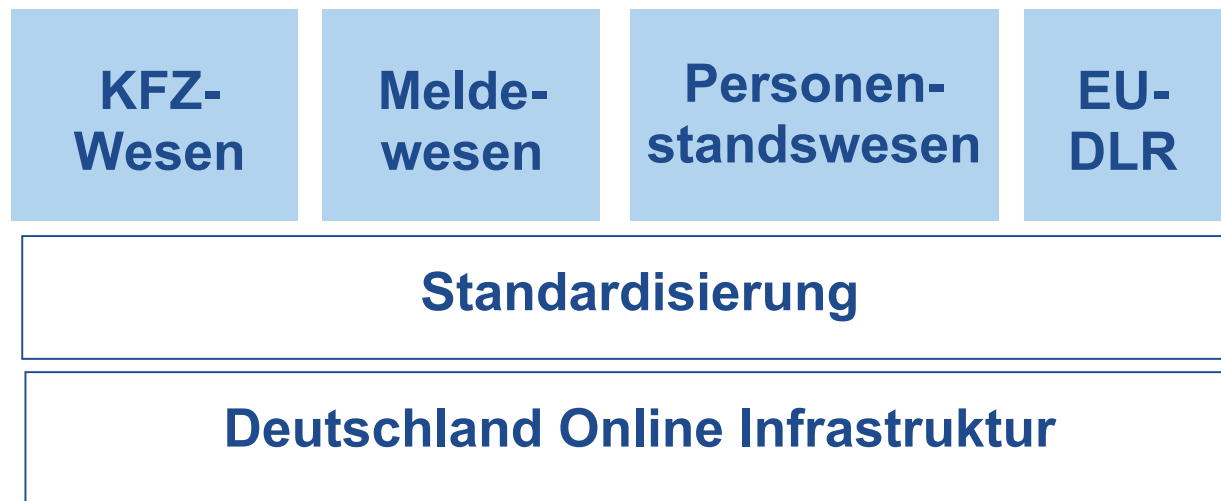
- **Die IT-Landschaft ist i.d.R. historisch und nicht einem Gesamtplan folgend gewachsen**
 - unnötige Vielzahl individueller technischer und organisatorischer Lösungen
 - mangelnde Kompatibilität und damit Medienbrüche und kostenspielige Schnittstellen (suboptimale Prozesse)
 - teilweise unprofessionelle Aufgabenwahrnehmung und Doppelarbeit
- **Ausgestaltung durch meist dezentralen Betrieb heute suboptimal**

- Öffentliche Verwaltung kann ihren Markt nicht aussuchen oder gestalten
- Veränderte Alterspyramiden, Migration, differenzierte Lebensstile und Gender-Berücksichtigung erfordern neue und flexible Verwaltungsleistungen
- Belastung der Verwaltung steigt noch zusätzlich, der Druck zur Effizienzsteigerung und Optimierung wird verstärkt
- In den nächsten 10 Jahren geht ca. 1/3 des Verwaltungspersonals in den Ruhestand – auch bei den IT-Dienstleistern. Der Know-How-Verlust wird beträchtlich sein.

- Aus Kostengründen ist eine kleinteilige, nur auf einzelne oder wenige Gebietskörperschaften bezogene IT-Entwicklung und Betrieb nicht mehr sinnvoll
- Synergieeffekte und Vermeidung redundanter Angebote können Kosten sparen
- Und wieder: demographischer Wandel
- Deshalb: immer mehr öffentliche IT-Dienstleister schließen sich zusammen

- IT-Dienstleister haben nicht mehr (faktische) Gebietsmonopole
- IT-Dienstleistungen werden von Kommunen und Ländern über den Markt beschafft
- Exklusive Leistungsbeziehungen werden seltener
- Parallel dazu: fach- und länderübergreifende Vorhaben, wie z.B. gemeinsame E-Government-Infrastrukturen, Fachanwendungen, etc.
- Externe IT-Strategien, wie z.B. Deutschland-Online und Europäische Initiativen, werden für Bremen wichtiger

- Gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der Länder inkl. der Kommunen
- Gemeinsame Vorhaben, um effektiver und effizienter IT-Lösungen zu entwickeln und anzubieten
- Mehrere prioritäre Vorhaben:



- Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Korb 2: Verwaltungsthemen: „Einführung von IT-Standards und –Systemen“
- Schwerpunkte der Beratungen
 - Gemeinsame Aufgabenerledigung im Bereich IT
 - Gemeinsame Netze
 - Standardisierung
- Weitreichende „Fremd“bestimmung Bremer IT möglich, inkl. höherer (!) Kosten
- Notwendigkeit Bremer Vorstellungen und Lösungen überregional einzubringen

Veränderte Kostenstruktur

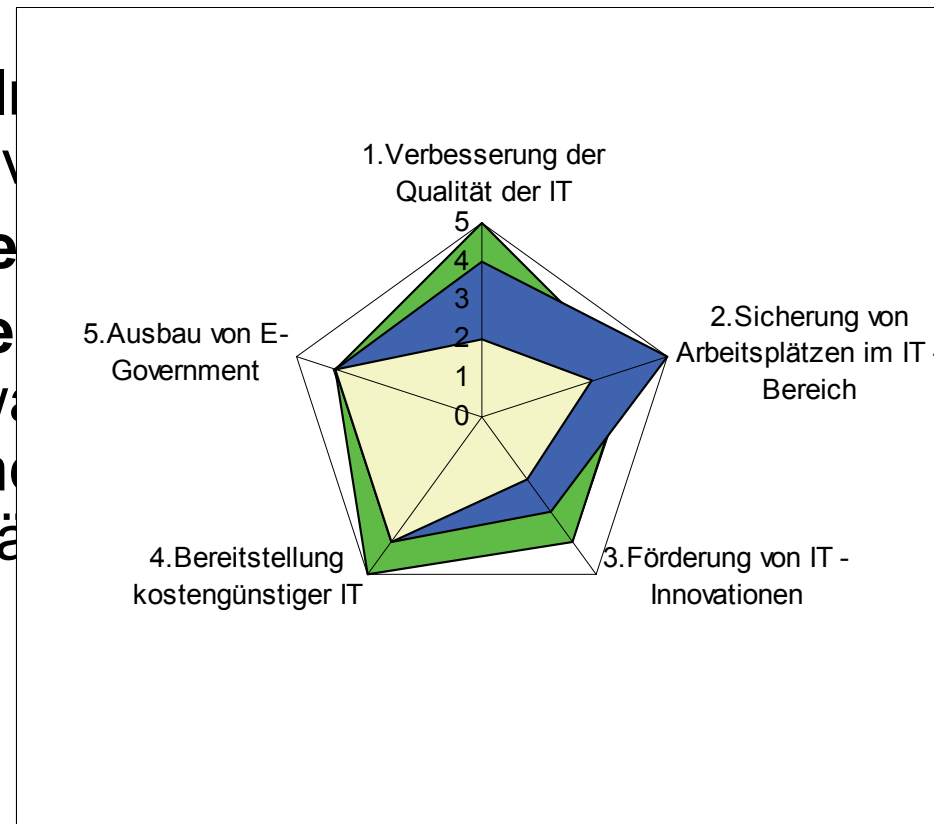


- Verwaltungen verzichten auf Eigenentwicklungen und kaufen stattdessen lieber Standardprodukte
- Customizing und Beratung werden wichtiger
- Gleichzeitig steigt der Anteil des IT-Budgets für den laufenden Betrieb
- Im Ergebnis: weniger Ressourcen für Weiterentwicklungen und neue Projekte zur Verfügung
- Anforderungen an Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der IT sind gestiegen, Ausfälle oder auch nur Verzögerungen bei der IT bedeuten großen Schaden (s. z.B. Toll-Collect)

Die IT-Strategie der Bremer Verwaltung

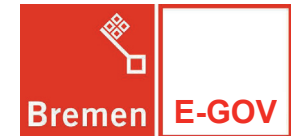
Fünf Ziele

- 1. Verbesserung der Qualität** der IT im Sinne einer optimalen Versorgung der Dienststellen mit IT
- 2. Sicherung von Arbeitsplätzen** im IT - Bereich am Standort Bremen
- 3. Förderung von IT - Innovationen** und Ausbau des IT - Innovationsstandorts
- 4. Bereitstellung kostengünstiger IT** durch Vernetzung der Verwaltungen, Unternehmen und anderen Institutionen nationaler und europäischer Ebene
- 5. Ausbau von E-Government** durch Vernetzung der Verwaltungen, Unternehmen und anderen Institutionen nationaler und europäischer Ebene



- Bündelung von IT-Querschnittsaufgaben
- Optimierung der Organisation der Support-Strukturen
- IT-Organisation mit klar definierten Rollen
- Weiterentwicklung der verwaltungsnahen IT-Dienstleister
- Transparentes IT-Gesamtbudget
- Verstärkte Umsetzung von E-Government

Basiskomponenten



- Bremisches Verwaltungsnetz
- Infosys (CMS Six, KOGIS)
- Sicherheitssoftware/Transaktionen: Governikus
- Management von Dokumenten: VIS kompakt (u.a. Vorbereitung der Senatssitzungen, demnächst Bürgerschaft)
- Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP)
- Elektronische Vergabe und elektronischer Katalog
- www.bremen.de
- SAP
- u.a.

- Ressorts befürworten
 - ✓ zentral vorgehaltenes „**Rundum-Sorglos-Paket**“ für „Kommunale“ und weitgehend bundeseinheitlich strukturierte Verwaltungsbereiche
 - ✓ **zentrale Erledigung neuer, komplexer Aufgaben** (z.B. Archivierung, Vergabe, Dokumentenmanagement) und Ausweitung dieses Bereiches

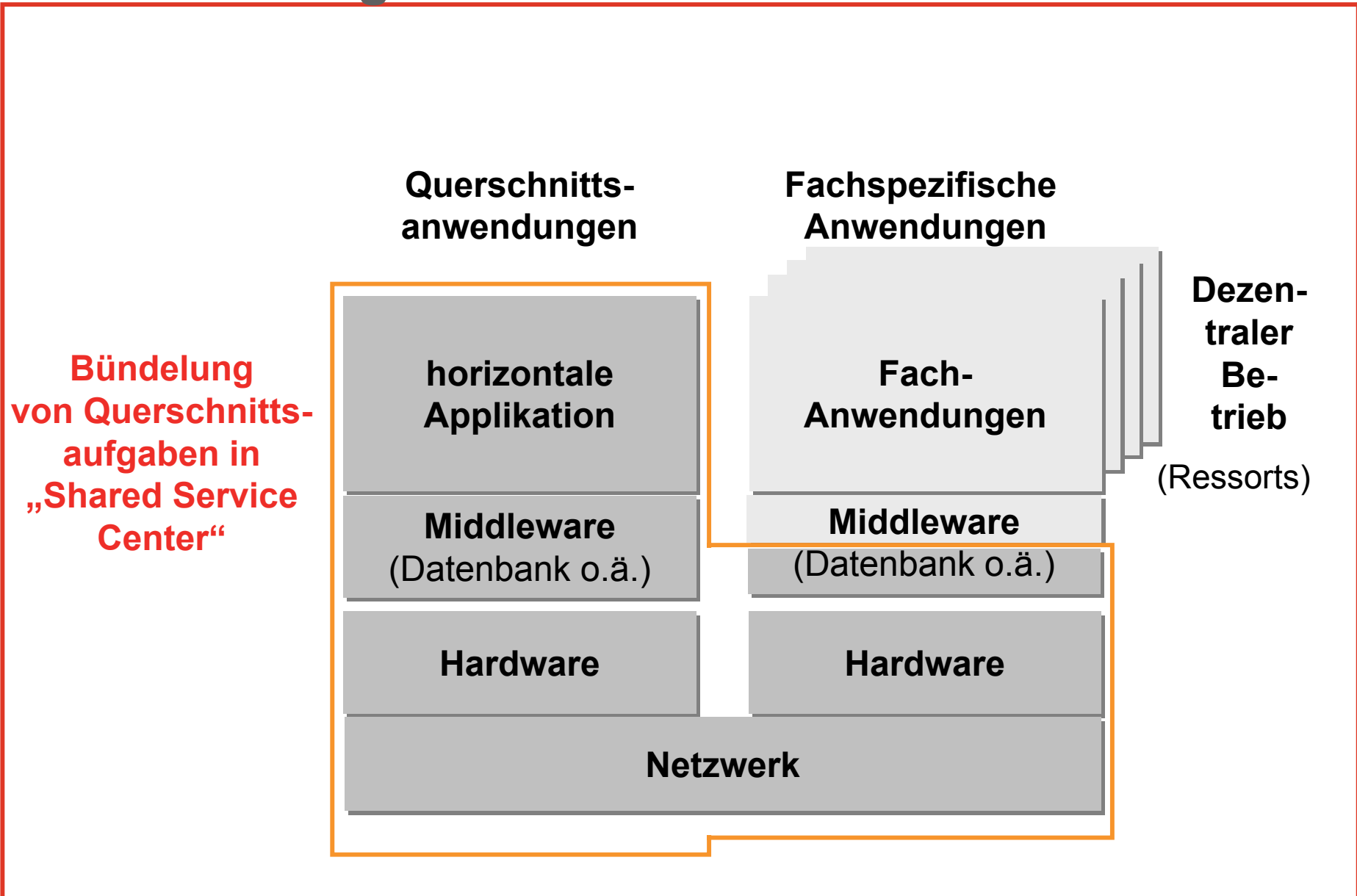
- Ressorts würden zentrale Erledigung anderer Bereiche (Bsp. Datenspeicherung/Storage, Netzwerkmanagement) befürworten, wenn die **Wirtschaftlichkeit** nachgewiesen würde

- Ressorts sehen **Finanzierung als Hauptproblem** der zentralen Aufgabenerledigung („gerechte“ Umrechnungsschlüssel existieren nicht, Dauerfinanzierungen kollidieren mit der Jährlichkeit der Haushalte, etc.)

- Ressorts „organisieren“ zwischenzeitlich den IT-Support selbst mit vorhandenem (nicht nur IT-) Personal und beauftragen bei Engpässen im Einzelfall KMU oder die Brekom (ggf. teure Einzelkonditionen)

- Die **Anzahl der Mailserver** könnte deutlich reduziert werden.
- Eine **Reduzierung und Standardisierung der aktiven Netzwerkkomponenten** von mehr als 8 Anbietern auf 1 bis 2 Anbieter mit standardisierten Produkten ist möglich
- Dadurch würde ein **zentraler Support** ermöglicht
- **Fernwartung** durch einen Betreiber ist extern Standard und könnte auch in Bremen durchgeführt werden.
- Jede Dienststelle hat ihren **Datenspeicher („Storage“)**. Durch einen **zentralisierten Betrieb dieser Systeme** können Zutrittssicherheit und Ausfallsicherheit **verbessert** und der Energieverbrauch sowie der Administrationsaufwand **reduziert** werden
- Wirtschaftlichkeit der Zentralisierung nachgewiesen

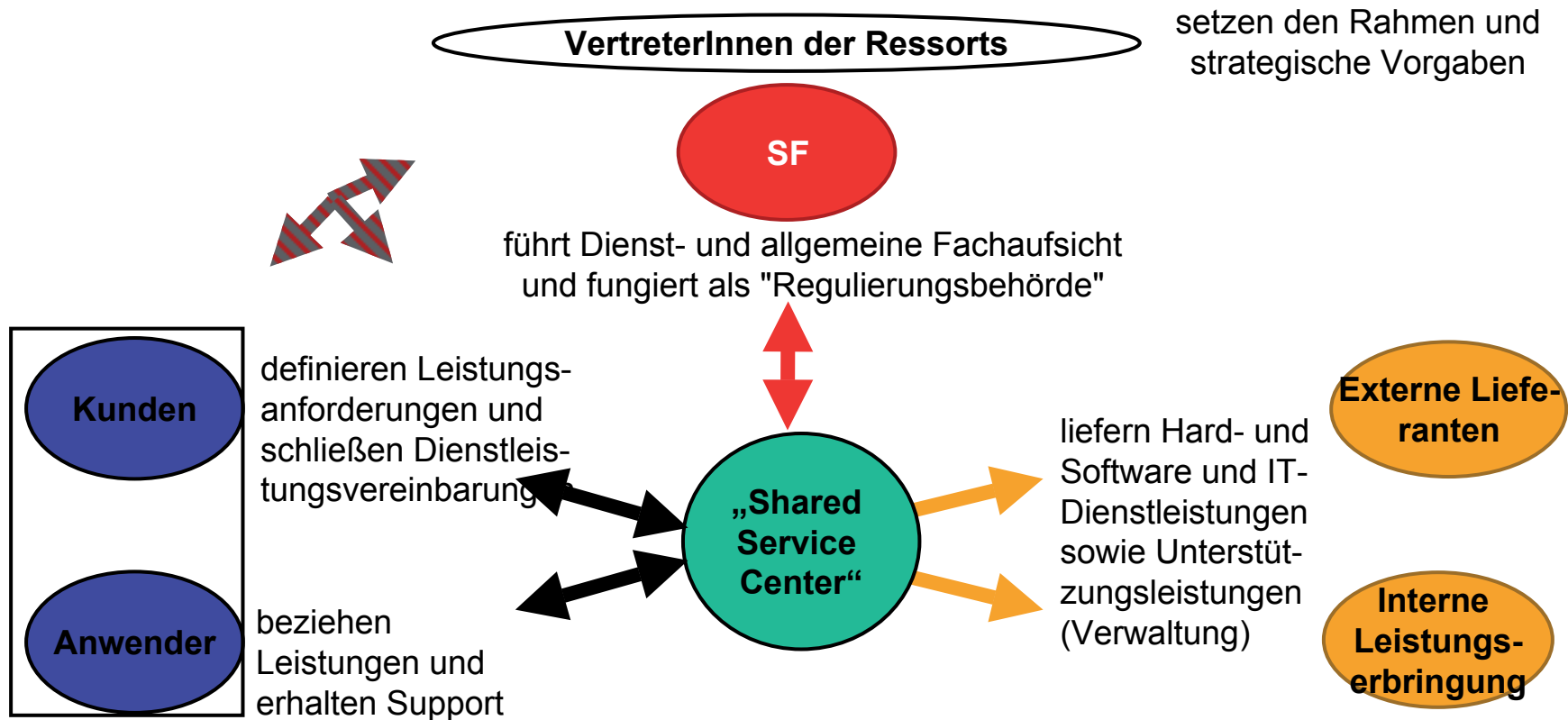
Bündelung Querschnittsaufgaben / Bereitstellung als IT-Dienste



- Vorlage vom 25.09.2007 zur Verbesserung der Haushaltsteuerung

„Es wird in Abstimmung mit den Ressorts eine Konzeption für die Einführung einer modernen IT-Supportinfrastruktur durch Einführung eines zentralen User Helpdesks und softwarespezifischer netzgestützter Anwenderbetreuung in Zusammenarbeit mit Dataport entwickelt und umgesetzt.“

Neue Rollenverteilung erforderlich



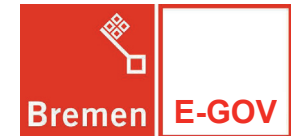
Anmerkung: Die "Kundenrolle" findet sich in den Ressorts auf unterschiedlichen Ebenen (Gesamtr ressort, Fachbereiche, einzelne Dienststellen).

■ **Ist-Zustand der IT-Finanzierung**

- Kombination von zentraler (IT Globalmittel des SfF) und dezentraler Finanzierung
- Keine klare Ausweisung der IT-Mittel im Haushalt
- Dezentrale Verantwortung begünstigt den Aufbau doppelter Infrastrukturen
- Potenziale der Informationstechnik bleiben ungenutzt
- Fachaufgaben in Ressorts und verwaltungsnahen Gesellschaften, aber keine Transparenz im „Konzern“
- Kein Überblick über Gesamtbudget
- **Die in die IT fließenden Ressourcen werden nicht optimal wirtschaftlich eingesetzt.**
- **Ziel: Mehr und bessere IT bei gleichem Mitteleinsatz!**

- Vorlage vom 25.09.2007 zur Verbesserung der Haushaltsteuerung
„Einführung eines einheitlichen IT-Budgets und einer gebündelten Beschaffung im IT-Bereich. Es wird ein neuer Produktplan 96 eingerichtet mit dem Titel „IT-Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen“. In dem Produktplan werden die Mittel für IT-Ausgaben (investiv und konsumtiv) und IT-Personal dargestellt. Der Produktplan wird schrittweise in Abstimmung mit den Ressorts aufgebaut. Begonnen wird mit den Ausgaben für Leistungen von Dataport.“

Aufbau Produktplan 96



- Der PPL 96 wurde für den Doppelhaushalt 2008/2009 erstmalig eingerichtet
- 1 Produktplan
- 1 Produktbereich
- 1 Produktgruppe
- Zur Zeit:
 - Ausgaben für Dataport
 - Globalmitteln für E-Government
 - Mitteln für den BOS Digitalfunk
- Im Zuge der Haushaltsjahre 2008/2009 weitere IT-Aufgaben der Ressorts und Dienststellen im Einvernehmen mit den Ressorts
- Prozesse für Aufbau, Controlling, Kennzahlen, Planung werden z.Zt. erarbeitet

Die FHB hatte acht verwaltungsnaher IT-Dienstleister (2006)



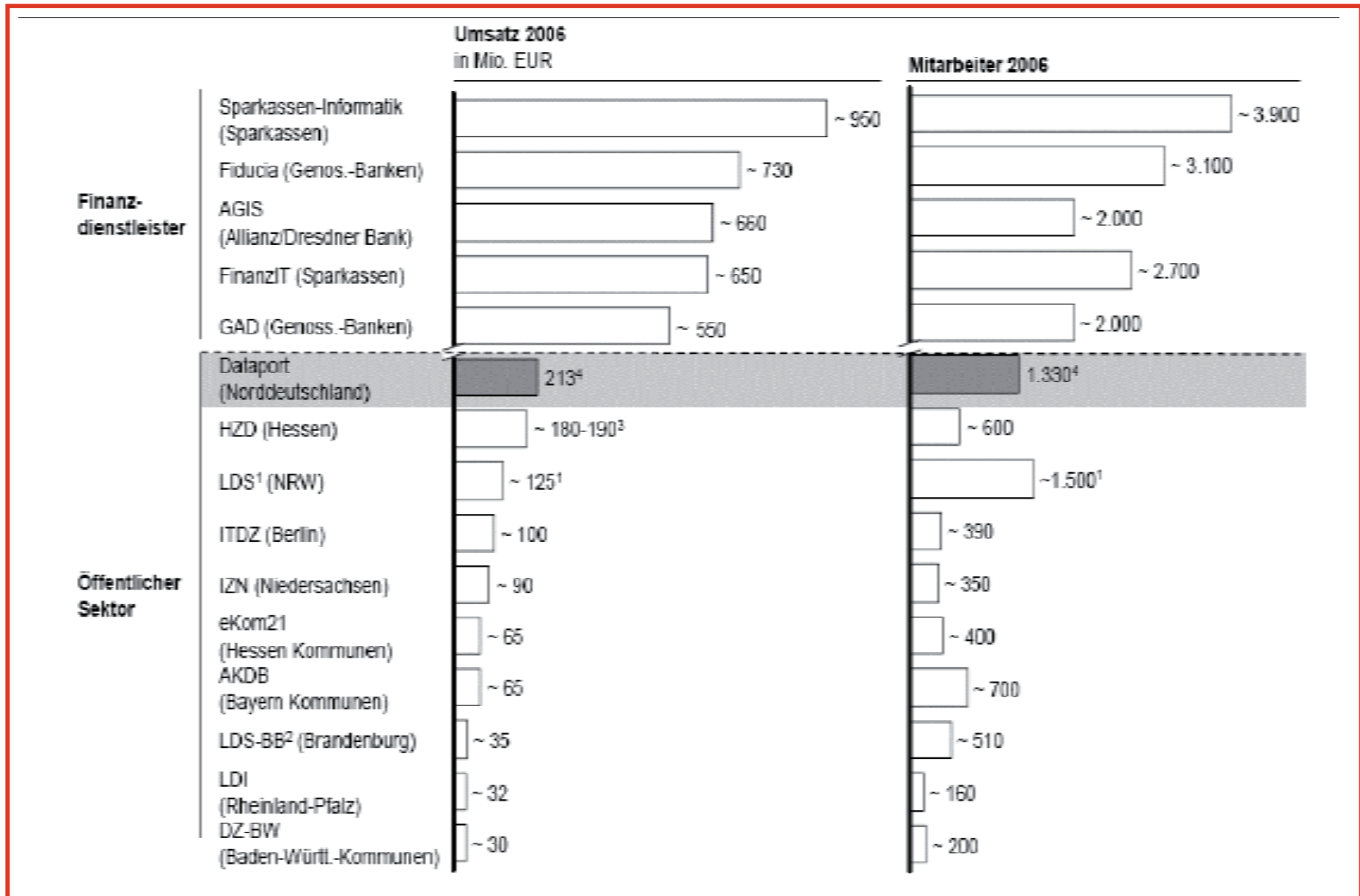
b.i.t.
Bremerhaven

Die acht verwaltungsnahen IT – Dienstleister im Vergleich



Gesellschaft	Kern-Gebiet	Rechtsform und Anteile der FHB	Ca. Anzahl Mitarbeiter, davon Beamte, Rückkehrrecht	Ca. Umsatz p.a. davon mit FHB
ID Bremen GmbH	Großrechner-Betrieb Softwareentwicklung	GmbH, FHB 50,1%; Untern. Führung bei T- Systems	140, 40 Beamte 128 Rückkehrrecht bei Liquidation	Ca. 12 Mio. EUR FHB – Umsatz ca. 85 %
Fidatas	Mittlere Datentechnik, Betreuung PC in Finanzämtern und Justiz	Eigenbetrieb	100; ca. 90 Beamte Dienstherr SF	Ca. 12 Mio. EUR FHB – Umsatz 100 %
Brekom GmbH	Zentraler Internetzugang, Mail, Telefon-System	GmbH (FHB 0%)	100; ca. 10 Beamte Rückkehrrecht für alle ehemaligen Beschäftigten bei Liquidation	Ca. 12 Mio. EUR FHB – Umsatz ca. 90%
BIT	Mittlere Datentechnik, Betreuung Magistrats IT	GmbH + Eigenbetrieb (BHV 100%)	50: keine Beamten der FHB	FHB 0% (Bhv)
Bremen Online services GmbH & Co. KG	E-Government-Lösungen und Produkte	GmbH & Co. KG (FHB 55%)	70; keine Beamten keine Rückkehrer	6 Mio. EUR FHB - Umsatz weniger als 5%
Bremen online GmbH	Vermarktung des Stadtportals www.bremen.de	GmbH (FHB 100%)	1; keine Beamten keine Rückkehrer	FHB –Umsatz = 0%
Datenschutz Nord GmbH	Datenschutzaudits, Externer DSB	GmbH (FHB 100%)	9; keine Beamten keine Rückkehrer	550.000 EUR FHB – Umsatz weniger als 5%
HEC GmbH	IT Consulting, Entwicklung	GmbH (FHB 40%)	50; keine Beamten keine Rückkehrer	FHB – Umsatz weniger als 5%

Öffentliche IT-Dienstleister im Vergleich zur Wirtschaft durchweg von unterkritischer Größe



Niederlassung Dataport



- Anstalt öffentlichen Rechts
- vier Trägerländer Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen
- Gründung der bremischen Niederlassung von Dataport zum 1.1.2007 durch gesetzliche Überleitung des Eigenbetriebes fidatas Bremen
- Im Vorfeld konnten die MA der ID Bremen GmbH zum Eigenbetrieb Fidatas wechseln; dieses Angebot nahmen bis auf 4 MA alle an

Kooperation Auftraggeber



VIR-Nordwest

- Mitgliederkommunen der ViR-Nordwest und der Metropolregion.
- KDO (Kommunalverbund Bremen/Niedersachsen)
- ZVBN (Zweckverband Verkehrsverbund Bremen / Niedersachsen)
- Ifib (Institut für Informationsmanagement Bremen)
- Niedersächsischer Städtetag (für alle drei Verbände)



Unsere Mitglieder

Landkreis Osterholz
 Gemeinde Lilienthal
 Gemeinde Ritterhude
 Gemeinde Grasberg
 Stadt Osterholz-Scharmbeck
 Samtgemeinde Hambergen

Landkreis Harburg
 Gemeinde Seevetal
 Stadt Buchholz

Landkreis Cuxhaven
 Samtgemeinde Am Dobrock
 Gemeinde Nordholz
 Gemeinde Loxstedt
 Stadt Langen
 Samtgemeinde Bedakesa
 Samtgemeinde Berverstedt
 Samtgemeinde Börde
 Lamstedt
 Samtgemeinde Hemmoor
 Samtgemeinde Hagen
 Gemeinde Schiffdorf
 Samtgemeinde Land Wursten

Landkreis Friesland

Landkreis Wesermarsch
 Gemeinde Lemwerder

Landkreis Aurich

Landkreis Oldenburg
 Gemeinde Ganderkesee
 Gemeinde Großenkneten
 Gemeinde Hatten
 Gemeinde Hude
 Gemeinde Wardenburg
 Stadt Wildeshausen

Landkreis Cloppenburg

Landkreis Osnabrück

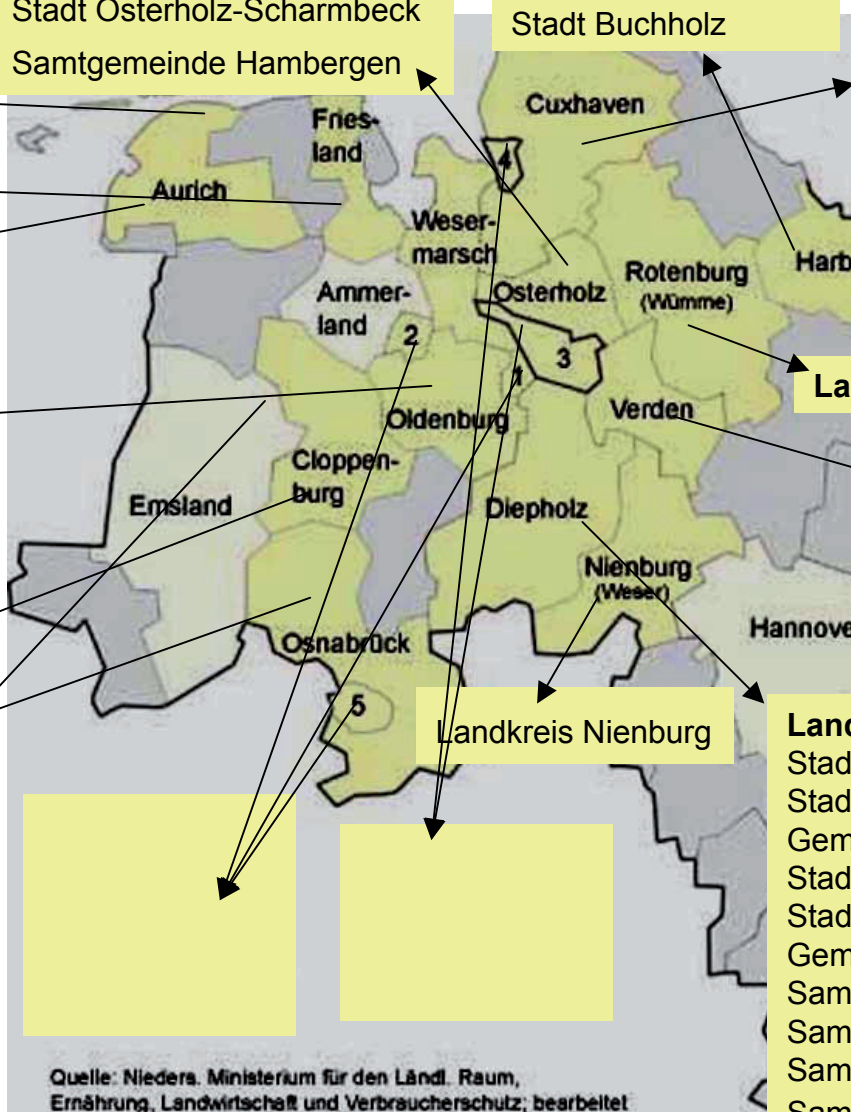
Gemeinde Rastede
 Bad Zwischenahn
 Stadt Westerstede

Landkreis Rotenburg/Wümme

Landkreis Verden
 Stadt Achim
 Gemeinde Oyten
 Gemeinde Thedinghausen
 Flecken Ottersberg

Landkreis Nienburg

Landkreis Diepholz
 Stadt Bassum
 Stadt Diepholz
 Gemeinde Stuhr
 Stadt Sulingen
 Stadt Syke
 Gemeinde Weyhe
 Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen
 Samtgemeinde Rehden
 Samtgemeinde Schwaförden
 Samtgemeinde Siedenburg



Quelle: Nieders. Ministerium für den Ländl. Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; bearbeitet



Stellvertretender Vorsitz der Lenkungsgruppe: Staatsrat Henning Lühr

Ausbau von E-Government

Heute: Bremer und Verwaltungen bundesweit nutzen OSCI-Transport und Governikus



- Bremer Lösungen:
 - OSCI-Transport und Governikus
- Meldewesen: alle 5200+ Meldebehörden (1,3 Mio Nachrichten pro Monat!)
- Gerichte in 16 Bundesländern und 4 Bundesgerichte:
 - Alle Mahnverfahren
 - Alle Handelsregistereintragungen
 - Verfahrenseinreichungen
- VEMAGS (Beantragungen von Schwerlasttransportgenehmigungen)
- Verfahren für Sondermüllbeseitigung (ab 2009)



Heute: Bremer und Verwaltungen bundesweit nutzen OSCI-Transport und Governikus



- Deutsche Rentenversicherung Bund
- Deutsche Post AG
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt
- Deutsche Emissionshandelsstelle
- Luftfahrtbundesamt
- Bundesamt für Naturschutz
- Deutsches Patent- und Markenamt
- Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit



DPMA



Heute: Bremer und Verwaltungen bundesweit nutzen OSCI-Transport und Governikus



- Bundesländer und Kommunen

- Versorgungsämter
- Gewerbeanmeldung
- Röntgenverordnung
- Arbeitspolitische Förderprogramme
- Zahlungsanordnungen
- Geschlossene Benutzergruppen
- Gewoba (Bremen)
- Deutsche Bahn



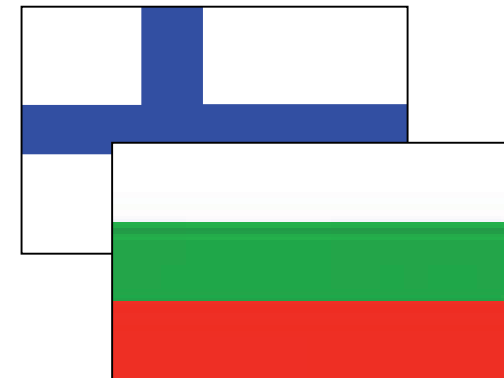
Praktische Einsätze von OSCI-Transport im Ausland



- Schweiz: BIT (SEDEX, Meldewesen)
- Finnland und Bulgarien (geplant)
- PEPPOL: CIP-Pilot A zum Thema E-Procurement
- OSCI-Transport-Weiterentwicklung in EU



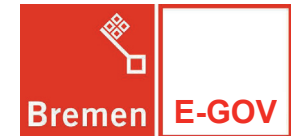
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



Erfolge

- IT liefert einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung
 - Meldewesen: elektronische Rückmeldung spart 1,3 Mio. EUR pro Monat (bundesweit)
 - Elektronische Registerauskünfte: 66 % weniger Personaleinsatz
 - Ähnliche Effekte bei E-Mail, elektronischer Akte, elektronischer Vorgangsbearbeitung

Internationale Anerkennung: eEurope-Award 2003 und 2007



2003

Bremer E-Government-Strategie
OSCI-Transport wesentlicher
Bestandteil



2007

Deutsches Verwaltungsdienst-
verzeichnis (DVDV)
OSCI-Transport wesentlicher Bestandteil



Vielen Dank!

Gisela.schwellach@finanzen.bremen.de

www.finanzen.bremen.de/info/egovernment